

Bundesamt für Landwirtschaft BLW
Schwarzenburgstrasse 165
3003 Bern

Bern, 16. August 2021
VL VP 19.475 / CW

Per Mail an: gever@blw.admin.ch

Verordnungspaket Parlamentarische Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

In der parlamentarischen Beratung waren bis zuletzt gewisse Massnahmen der parlamentarischen Initiative [19.475](#) «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» umstritten und konnten nur knapp eine Mehrheit finden. Die Volksabstimmungen zu den Agrarinitiativen im Juni 2021 haben ebenfalls gezeigt, dass das Volk keine zu radikalen Massnahmen in der Agrarpolitik unterstützt. Umso wichtiger ist es, sich in der Umsetzung der parlamentarischen Initiative so eng wie möglich am Willen des Gesetzgebers zu orientieren. Die FDP fordert diesbezüglich, dass jegliche weitergehenden Bestimmungen auf Verordnungsebene gestrichen werden. Die FDP unterstützt aber grundsätzlich die Stossrichtung der ausgearbeiteten Vorlage. Die Aufteilung in zwei Vernehmlassungen bzw. Verordnungspakete zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative wird jedoch sehr kritisch beurteilt. Die Aufteilung in zwei Etappen macht es schwierig, ein gesamtheitliches Bild zur Wirkung der parlamentarischen Initiative zu erhalten.

Unabhängig von den vorgeschlagenen Massnahmen auf Verordnungsebene sind die Risikoreduktion und Reduktion des Pestizideinsatzes grundsätzlich nur möglich und auch zielführend, wenn praxistaugliche, innovative Alternativen zu klassischen, synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PSM) zur Verfügung stehen. Derzeit ist das Zulassungsverfahren für neue PSM im internationalen Vergleich jedoch sehr schwierig. Anstatt befristete Sonderbewilligungen für bestimmte Wirkstoffe einzuführen, soll verstärkt in die Forschung und Entwicklung von validen Alternativen investiert und das Zulassungsverfahren vereinfacht werden. Neu entwickelte PSM agieren in der Regel viel gezielter und sind umweltverträglicher, ganz im Sinne der Anliegen der vorliegenden Initiative. Daher fordert die FDP eine Vereinfachung und Beschleunigung der Zulassung.

Direktzahlungsverordnung

Die FDP erachtet es grundsätzlich als richtig, dass ein Mindestanteil Biodiversitätsfläche auf den Ackerflächen eines Betriebs definiert wird (Art. 14a). Diese Massnahme betrifft den ÖLN und muss somit von allen direktzahlungsberechtigten Betrieben eingehalten werden. Ob der vorgeschlagene Mindestanteil von 3.5% angemessen ist, muss in enger Abstimmung mit den betroffenen Akteuren bestimmt werden.

Die FDP begrüsst, dass positive Anreize gesetzt werden zur Reduktion des PSM-Einsatzes und zur Umstellung auf eine effizientere landwirtschaftliche Produktion zuhanden der Umwelt. Rein finanzielle Anreize müssen jedoch befristet sein. Mit der klaren Ablehnung der beiden Agrarinitiativen am 13. Juni 2021 hat sich das Stimmvolk gegen generelle Verbote beim Einsatz von PSM ausgesprochen. Aus diesem Grunde hinterfragt die FDP die Legitimität des geforderten generellen Verbots von PSM, die

Wirkstoffe mit erhöhtem Risikopotenzial für Oberflächengewässer oder Grundwasser erhalten (Art. 18 Abs. 4). Bei Festlegung eines Verbots müssen passable Alternativen zur Verfügung stehen.

Die vorgeschlagene Streichung der 10% Toleranz in der Nährstoffbilanz ist für die FDP nicht nachvollziehbar. Problematisch ist hier insbesondere, dass die Motion der WAK-S [21.3004](#) «Anpassung der Suisse-Bilanz und deren Grundlagen an die effektiven Verhältnisse», welche die Beibehaltung des Toleranzbereichs fordert, noch nicht fertig behandelt wurde. Bis zum Abschluss der Beratung der Motion sollten folglich keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Zum aktuellen Zeitpunkt kann die FDP diese Änderung der Direktzahlungsverordnung nicht unterstützen.

Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft

Die FDP sieht die Landwirtschaft langfristig in einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem liberalisierten und wettbewerbsfähigen Umfeld. Die Digitalisierung wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Die FDP begrüsst grundsätzlich die Anpassung der Verordnung, welche im Sinne der Digitalisierung ist und mehr Nutzen bringen soll.

Es ist jedoch äusserst wichtig, dass die neue Meldepflicht für Kraftfutter- und Düngelieferungen nicht zu Doppelspurigkeiten oder administrativen Mehraufwand führt, die wiederum den Nutzen des neuen Systems zunichtemachen. Die FDP fordert daher eine möglichst einheitliche IT-Lösung und schlanke Umsetzung der Meldepflicht zuhanden der betroffenen Akteure. In diesem Kontext hat die FDP das Postulat [19.3988](#) «Digitalisierung im Agrarsektor. Rolle des Bundes» eingereicht, welches den Nutzen der Digitalisierung im Agrarsektor aufzeigen soll. Die Erkenntnisse aus dem Bericht müssen in spätere Anpassungen der Verordnung einfließen.

Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

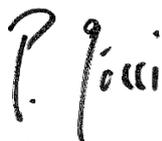
Die FDP hat sich in der parlamentarischen Beratung für das Verankern eines quantitativen Absenkpfadens eingesetzt. Im neuen Art. 10a wird nun ein Reduktionsziel von 20% für Stickstoff- und Phosphorverluste vorgeschlagen. Laut Rückmeldungen von den involvierten Akteuren bestehen trotz Vorgesprächen Differenzen bezüglich der Festlegung des Reduktionszieles. Um ein umsetzbares Reduktionsziel zu finden, muss daher nochmals der Austausch mit den betroffenen Branchenakteuren gesucht werden.

Das Reduktionsziel ist an die Berechnungsmethode gebunden. Zur Bilanzierung der schweizweit verfügbaren Nährstoffmengen wird die OSPAR-Berechnungsmethode beigezogen, wobei die schweizerische Landwirtschaft als ein einziger Betrieb betrachtet und für diesen eine Input-Export-Bilanz erstellt wird. Um auch weitere, von der OSPAR-Bilanz weggelassene Faktoren zu berücksichtigen, wie beispielsweise den Lebensmittelimport, sollen auch andere Indikatoren beigezogen werden. Diese sollen eine gesamthafte Vision der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft ermöglichen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin



Petra Gössi
Nationalrätin

Die Generalsekretärin



Fanny Noghero